

Stadtverwaltung · Postfach 10 11 40 · 51311 Leverkusen

Herrn
Minister Dr. Volker Wissing
Bundesministerium für Digitales und Verkehr
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Fachbereich .
oder Dienststelle .
Dienstgebäude . Fr.-Ebert-Platz 1
Sachbearbeitung .
Tel. 02 14/406-0 .
Durchwahl 406 . 88 00
Telefax 406 . 88 02
Ihr Zeichen/vom .
Mein Zeichen . OB-ri
Tag . 27.02.2024

Ausbau der A 1 und A 3 in Leverkusen

- Unser Gespräch am 07.11.2023
- Schreiben von Herrn Puschel vom 31.01.2024

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Wissing,

am 7. November 2023 haben wir uns zu einem persönlichen Gespräch in Ihrem Ministerium in Berlin getroffen, um die Notwendigkeit und die bestehenden Möglichkeiten für einen generationengerechten Ausbau der A 1 und A 3 in Leverkusen zu erörtern. Herr Puschel, Leiter der Abteilung Bundesfernstraßen im BMDV, sowie Frau Kreutz, Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat der Stadt Leverkusen, haben ebenfalls an dem Termin teilgenommen. Herr Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Lauterbach konnte dem Gespräch aufgrund einer kurzfristigen Erkrankung nicht beiwohnen.

Im Rahmen unseres Austausches wurden die gegenseitigen Positionen des Bundesverkehrsministeriums und der Stadt Leverkusen zu den alternativen Ausbauvarianten der A 1 und A 3 auf unserem Stadtgebiet deutlich. Sie haben die besonderen Belange der Stadt Leverkusen erkannt und waren gesprächsbereit, um einen funktionsfähigen Kompromiss für die nächsten Generationen zu erreichen. Im Ergebnis haben wir uns gemeinschaftlich auf folgendes weiteres Vorgehen verständigt:

Mit Blick auf die anstehende Bedarfsplanüberprüfung durch das BMDV wird derzeit die Verkehrsprognose 2040 erarbeitet. Sie haben zugesagt, dass die erhobenen Daten spezifiziert auf Leverkusen heruntergebrochen und bis Juli 2024 vorgelegt werden. Durch die Daten soll eine Aussage bezogen auf die Ausbaumaßnahmen der A 1 und A 3 in Leverkusen möglich sein. Diese Datenlage sollte die Grundlage für die Betrachtung von möglichen anderen Ausbauvarianten der A 1 und A 3 als den seitens des BMDV festgelegten Vorzugsvarianten sein.

Auf Basis der vorgenannten Vereinbarungen aus unserem Gespräch waren Folgegespräche auf fachlicher Ebene mit Vertreter*innen der Autobahn GmbH avisiert, um technische Varianten und Lösungen zu erarbeiten. Sobald diese Alternativen auf der Grundlage des neuen Datenwerks erarbeitet sind, wären diese anhand der bekann-

ten – ggf. neu gewichteten – Kriterien zu bewerten. Insofern wurden Fragen zur Bauzeit, zur Finanzierung der Mehrkosten etc. zurückgestellt, bis konkrete Aussagen zu den Ausbaualternativen möglich sind. Nach hiesiger Auffassung bestand für dieses Vorgehen Einvernehmen im Teilnehmerkreis.

Ich möchte betonen, dass ich gemeinsam mit Frau Kreutz dieses positive Signal Ihrerseits in unserem Gespräch dankend und optimistisch aufgenommen habe. Mit dieser Bewertung habe ich das Gesprächsergebnis auch in die kommunale Politik kommuniziert und dafür plädiert, den im Gespräch eröffneten Dialog anzunehmen und eine enge und transparente Kommunikation mit dem BMDV, der Autobahn GmbH sowie dem Land Nordrhein-Westfalen (wieder) aufzunehmen.

Die zuvor skizzierte Vorgehensweise – zunächst die aktuelle Verkehrsprognose erarbeiten und anhand dieser Daten die Ausbauvarianten neu bewerten – entspricht im Übrigen exakt der Vereinbarung aus dem persönlichen Gespräch von Vertreter*innen des Bündnisses „Keinen Meter mehr!“ am 19. September 2023 im BMDV in Berlin. Die neue Verkehrsprognose sowie die Ergebnisse der aktualisierten Variantenüberprüfung sollten in einem Folgegespräch im selben Teilnehmerkreis vorgestellt werden. Seither erfolgte keinerlei Reaktion oder Rückmeldung seitens des BMDV oder der Autobahn GmbH an die Gesprächsteilnehmer*innen.

Sie werden nachvollziehen können, dass ich mit Blick auf unsere einvernehmlich erzielten Gesprächsergebnisse überrascht über das Schreiben von Herrn Puschel vom 31. Januar 2024 bin. Zwar freue ich mich ausdrücklich über die enthaltene Bestätigung, dass die von der Region favorisierten Tunnelvarianten technisch möglich sind. Ebenso begrüße ich die eröffnete kurzfristige Gesprächsbereitschaft – auch auf Fachebene – zum weiteren Informationsaustausch. Keinesfalls aber kann ich den Ausführungen zu den weiteren Verfahrensschritten zustimmen, weil diese nicht den gemeinsam vereinbarten Maßnahmen entsprechen. Vielmehr wird die Vorgehensweise umgekehrt: Zunächst wird von der Stadt Leverkusen – ggf. mit Unterstützung des Landes NRW – eine Finanzierungsperspektive mit konkreten Planungs- und Finanzierungsvorschlägen gefordert, bevor „dann die Tunnelvariante konkret zu untersuchen“ wäre. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Finanzierungsperspektive zeitnah vorgelegt werden müsse, weil der Bund beabsichtigt, „den eingeleiteten Planungsprozess konsequent und zügig fortzusetzen“.

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Wissing,

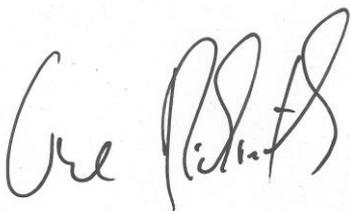
eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem BMDV und der Stadt Leverkusen ist nicht nur Ihnen, sondern auch mir wichtig. Mehr noch: Sie ist aus meiner Sicht unerlässlich für das Gelingen eines Ausbauprojektes dieser Größenordnung, das über Jahre und Jahrzehnte hinweg immense Auswirkungen nicht nur auf die Stadt Leverkusen und unsere Bürgerinnen und Bürger, sondern auf die gesamte Region haben wird. Vor allem aber beginnt eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bei gelebter Verlässlichkeit und offener Kommunikation zwischen den Akteuren. Wir haben uns im persönlichen Gespräch auf ganz konkrete Schritte und eine klare Vorgehensweise verständigt. Diese Vereinbarungen können nicht rd. 10 Wochen später ihre Gültigkeit verlieren – ohne, dass ein einziges Gespräch auf Fachebene mit Vertreter*innen der Autobahn GmbH stattgefunden hat; ohne dass die Verkehrsprognose 2040 (heruntergebrochen auf Leverkusen) vorliegt; ohne dass die Bedarfsplan-

überprüfung abgeschlossen ist. Im ersten Schritt über die Finanzierung von Varianten zu sprechen, ohne dass diese anhand der (derzeit noch in Ermittlung befindlichen) aktuellen Datenlage überhaupt evaluiert werden können, widerspricht nicht nur unserer Abstimmung, sondern erscheint verfrüht und könnte mangels verlässlicher Daten und Informationen nur unkonkret bleiben.

Lassen Sie uns anknüpfen an unseren guten Austausch am 7. November 2023 und die festgelegten Maßnahmen. Mir ist bewusst, dass wir unsere unterschiedlichen Funktionen im Staatssystem vereinbaren und hierfür den Weg des Kompromisses und schlussendlich des Konsenses gehen müssen. Dies kann nur gelingen, wenn wir ehrlich und ergebnisoffen miteinander agieren. Persönlich sehe ich mich durch die mir übertragene gesellschaftliche Verantwortung verpflichtet, gemeinsam zwischen Bund, Land und Kommune eine generationengerechte und gesellschaftlich tragbare Lösung für den Ausbau der A 1 und A 3 zu finden und als Stadt Leverkusen unseren Beitrag zu leisten. Mit dieser Zielsetzung bitte ich Sie, den angebotenen Gesprächsfaden zeitnah aufzunehmen und die unzutreffenden Inhalte des Schreibens vom 31. Januar 2024 zu erläutern und zu korrigieren, um den am 7. November 2023 eingeschlagenen Weg fortzuführen. Ich bin überzeugt, dass wir mit Ihrer im gemeinsamen Gespräch persönlich dargelegten Konsensbereitschaft eine Lösung finden können, die den Leverkusener Belangen gerecht wird.

Herr Puschel als Teilnehmer unseres persönlichen Gesprächs am 7. November 2023 in Berlin und als Absender des Schreibens vom 31. Januar 2024 erhält eine Durchschrift meines Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Uwe Richrath'. The signature is stylized and cursive, with the first name 'Uwe' written in a larger, more prominent script than the last name 'Richrath'.

Uwe Richrath